

Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 117. Sitzung · 13. Oktober 2022
Rede Rolf Kahnt zu Antrag Aktuelle Stunde Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hessisches Landesaufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Afghanistan –
Drucks. 20/9344 –

<https://youtu.be/QvX681XngC4?t=1980>

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem vereinbarten humanitären Landesaufnahmeprogramm für 1.000 Afghanen nach Maßgaben des Aufenthaltsrechts kommt die Erfüllung des Koalitionsvertrags hinsichtlich eines im „Lichte von Humanität und Ordnung“ erfolgten Zuzugs von Flüchtlingen einen sehr großen Schritt voran.

Auch in Hessen ansässige Flüchtlingsinitiativen begrüßen den Vorstoß. Er richtet sich an Flüchtlinge aus Afghanistan, die verwandtschaftliche Beziehungen zu in Hessen lebenden Personen haben. Die antragsberechtigten afghanischen Staatsangehörigen in Hessen mit einem befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel gehen eine Verpflichtungserklärung für die Sicherung des Lebensunterhalts ein und müssen weitere Kriterien erfüllen, damit ihre Schutzsuchende Verwandtschaft einen Aufenthaltstitel erlangen kann. Eine genehmigte Erwerbstätigkeit bezüglich des auszustellenden Aufenthaltstitels erleichtert die Integration der Geflüchteten.

Da die Pläne medial aufgegriffen sind, ist es wichtig, sowohl die Ausländerbehörden als auch die Migrationsberatungsstellen schnellstmöglich mit handfesten Informationen über den Prozess auszustatten; denn Afghaninnen und Afghanen werden sich an Beratungsstellen wenden, die sie unterstützen, gesetzliche Bedingungen dem Einzelfall anzupassen.

Die afghanische Community ist gut über politische Neuerungen informiert. Aufgrund des Drucks des repressiven Talibanregimes auf ihre Angehörigen im Heimatland ist sie aber auch sehr angespannt und besorgt, etwa Fristen für die Antragstellung zu verpassen.

Gestern kündigten die USA weitere Sanktionen gegen das Regime an, das systematisch junge Mädchen und Frauen unterdrückt. Wartezeiten für einen Termin bei den zuständigen Botschaften in Teheran oder Islamabad für ein Ausreisevisum liegen derzeit weit über einem Jahr.

Daher ist sehr zu hoffen, dass es Überlegungen und Lösungsansätze gibt, wie beispielsweise Frauen und Mädchen Afghanistan – an Grenzschützern der Taliban vorbei – für ein Visaverfahren verlassen können. Das ist, wie auch das Landesaufnahmeprogramm, ein wichtiger Teil unserer humanitären Verpflichtung und Verantwortung, weil Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan an der Tagesordnung sind.

Vielen Dank.